

Demographischer Wandel – Konsequenzen und Chancen für äußere Sicherheit und Verteidigung

Roland Kaestner

1 Einleitung

Der Beitrag beruht auf einem Vortrag im November 2007 in Wiesbaden während eines Workshops des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung zum Thema Bevölkerungsentwicklung und Sicherheit. Der Vortrag befasste sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die zukünftige deutsche Sicherheitspolitik und die Entwicklung der deutschen Streitkräfte der Zukunft.

Der Einfluss des demographischen Wandels auf den Bereich der äußeren Sicherheit und das Instrument der Streitkräfte ist ein Untersuchungsfeld der strategischen Zukunftsanalyse. Unter „Strategischer Zukunftsanalyse“ wird hier die systematische Suche von sicherheitsrelevantem Veränderungspotenzial mit allen verfügbaren wissenschaftlichen Methoden zur Reduzierung von Ungewissheiten und Unsicherheiten verstanden. Das wirft die Frage auf, was wir über die Zukunft wissen können. Ohne hier die gesamte wissenschaftliche Diskussion zu wiederholen, soll diese Frage kurz geklärt werden. Dabei wird in diesem Beitrag davon ausgegangen, dass niemand im Bereich der Sozialwissenschaften – im Gegensatz zu den Naturwissenschaften – in der Lage ist, über allgemeine Gesetze zukünftige Ereignisse vorherzusagen.

In diesem Sinne sind empirische Trends, wie sie üblicherweise in den Sozialwissenschaften verwendet werden, auch kein Ersatz für allgemeine Gesetze (Popper 1964). „Die Mängel soziologischer Prognosen ergeben sich hauptsächlich aus der Komplexität sozialer Ereignisse, aus ihrer gegenseitigen Verflechtung und aus dem qualitativen Charakter soziologischer Begriffe. Doch obwohl die Soziologie aus diesem Grunde an mangelnder Präzision leidet, geben ihre qualitativen Begriffe ihr gleichzeitig einen gewissen Reichtum und eine gewisse Weite des Verstehens“ (Popper 1964: 30) Aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen wird es niemals möglich sein, soziale Ereignisse mit der gleichen Präzision wie naturwissenschaftliche in der klassischen Physik zu prognostizieren. Da wir Teil des sozialen Ereignisses sind und wir darüber hinaus mit der Prognose Einfluss auf zukünftige Ereignisse nehmen

können, sind exakte und detaillierte wissenschaftliche Sozialprognosen unmöglich (Popper 1964: 11). Die Zukunft ist offen, und alle beteiligten Akteure konstruieren Zukunft mit. Doch diese Zukunft wird von den Gesetzen, Rahmenbedingungen aber auch Möglichkeiten der kosmologischen, biologischen und zivilisatorischen Evolution bestimmt (vergleiche dazu Görnitz/Görnitz 2002: 31 f.). Durch Ausdifferenzierung dieser Prozesse lassen sich zwar neue Entwicklungen denken, doch keiner dieser Prozesse kann gegen die Gesetze und Rahmenbedingungen der drei vorhergenannten evolutionären Prozesse verstoßen. Dies lässt nur endlich viele Zukünfte zu, weil nicht alles möglich ist. Betrachten wir sie als mögliche Zukünfte, so können wir Richtungen erkennen, können Handlungspfade aufzeigen, können später sogar prüfen, warum bestimmte Entwicklungen entgegen unseren Erwartungen einen anderen Verlauf genommen haben.

Die strategische Zukunftsanalyse kann analog zu einer komplexen Gleisanlage Bilder entwickeln, mit denen wir Zukunft vage in möglichen Richtungen beschreiben können. Sie bietet dann die Option, ähnlich den Weichen im Bild, Handlungspfade und Entscheidungsbedarf sowie deren Folgen zu interpretieren. Damit kann sozialwissenschaftlich abgestützte, langfristige Zukunftsbetrachtung politischen Entscheidungsbedarf identifizieren und Handlungsoptionen aufzeigen, die mit Hilfe von Methoden der Risikoanalyse sinnvolles Handeln zur Minimierung von Ungewissheits- und Unsicherheitsproblemen ermöglicht.

Vernetztes Denken erfordert, sich zu verdeutlichen, dass die demographische Entwicklung auf den ganzen zivilisatorischen Entwicklungsprozess (Elias 1995) in allen seinen Facetten wirkt und zudem nicht isoliert von den anderen Einflussfaktoren der verschiedenen Trendfelder betrachtet werden kann. Leider wissen wir heute noch relativ wenig über die Zusammenhänge zwischen den Trends und ihren Wechselwirkungen. Dennoch wird deutlich, dass eine Reduktion der Fragestellung auf das Trendfeld „Demographie“ nur ein erster systematischer Schritt sein kann, der durch eine Erweiterung auf andere Trendfelder (zum Beispiel Umwelt & Ressourcen, Wissenschaft & Technologie, Kultur et cetera) ergänzt werden muss. Allein für das Trendfeld Demographie lassen sich vier Ebenen der Wechselwirkung identifizieren. Auf der untersten Ebene lassen sich aus quantitativen und qualitativen Entwicklungen der Demographie Folgerungen für die Sicherheit ableiten (zum Beispiel eine wachsende Zahl von Menschen erfordert eine größere Ernährungs-, Energie- und Gesellschaftsbasis, und so weiter).

Auf der zweiten Ebene ergeben sich aus anderen Trendfeldern wiederum Folgerungen für die Demographie (zum Beispiel mindert die Erosion von Böden die Ernährungsbasis und reduziert die Zahl der Menschen, die aus einem solchen Raum ernährt werden können). Auf einer dritten Ebene kann man Folgerungen aus der Wechselwirkung der vorgenannten Ebenen ziehen (zum Beispiel kann entweder die größere Zahl von Menschen bei geringerer Ernährungsbasis zu einem gewaltsamen Kampf ums Überleben oder auch zur Migration in andere Räume führen, die Überlebenschancen bieten; aber auch Mischformen sind denkbar). Auf einer vierten Ebene kann man auch abstraktere Schlussfolgerungen aus Wirkungen und Wechselwirkungen (zum Beispiel Theorem „Youth Bulge“) für die Trendfelder

Gesellschaft, Wirtschaft und Politik ziehen (vergleiche dazu *Heinsohn 2003; Urdal 2004*).

Kollektives menschliches Handeln kann, so es sich stabil wiederholt, zu so genannten Trends zusammengefasst werden. Trends sind erkennbare Richtungen von statistisch nachweisbaren Entwicklungen, die auf Grund der Analyse und der Erfahrung vergangener Ereignisse gewonnen werden und deren zeitliches Fortdauern über Theorien, Modelle, Theoreme angenommen wird. Solche Trends lassen sich in Kurven unterschiedlichster Art darstellen von der linearen Extrapolation, über algebraische Kurven bis hin zu exponentiellen sowie logistischen Kurven. Sie alle ermöglichen die Beschreibung von Wachstumspotenzialen und damit Zukunftsräumen.

Sie ermöglichen Aussagen über ein unbekanntes, unsicheres, in einem zukünftigen zeitlich, räumlich und sachbezogen abgegrenzten Umfeld und beschreiben mögliche Ereignisräume und -strukturen. Mit Trends kann man daher die Komplexität der Welt auf einige wesentliche Züge reduzieren, mit ihrer Hilfe können Szenarien beschrieben werden, die als Grundlage komplexerer Analysen dienen. – Die Auswertung einer umfangreichen, mit sicherheitspolitischen Fragestellungen zusammenhängenden Literatur hat aber – und dieses ist dem Ziel einer Komplexitätsreduzierung zunächst zuwider gelaufen – eine große Zahl von Trends und Trendaussagen erbracht, die in ihrer Qualität und Quantität ungeordnet nebeneinander standen, die zu strukturieren und zu hierarchisieren waren, um sie sowohl für die zu gewinnenden Folgerungen als auch für die Wechselwirkungen zwischen den Trendaussagen nutzbar zu machen. Hier wird einer Einteilung in sieben Trendfelder gefolgt, unter denen alle Trends und Trendaussagen zusammengefasst werden konnten. Diese sieben Trendfelder sind:

- Demographische Entwicklung,
- Ressourcen- und Umweltentwicklung,
- Wissenschafts- und Technologieentwicklung,
- Kulturelle Entwicklung,
- Gesellschaftliche Entwicklung,
- Wirtschaftliche Entwicklung sowie
- Politische Entwicklung.

Ein Erklärungsmuster, mit dem man diese Trendfelder verbinden kann, ist der bereits erwähnte Zivilisationsprozess. Was unter Zivilisationsprozess zu verstehen ist, füllt Bibliotheken und geht bis auf Adam Smith und Immanuel Kant zurück. Wir folgen hier der Beschreibung des Phänomens durch Norbert Elias in seinem Werk „Über den Prozess der Zivilisation“. Danach definiert er diesen als die „Pläne und Handlungen, emotionale und rationale Regungen der einzelnen Menschen, die beständig freundlich oder feindlich ineinander greifen. Die fundamentale Verflechtung der einzelnen, menschlichen Pläne und Handlungen kann Wandlungen und

Gestaltungen herbeiführen, die kein einzelner Mensch geplant oder geschaffen hat. Aus ihr, der Interdependenz der Menschen, ergibt sich eine Ordnung von ganz spezifischer Art, eine Ordnung, die zwingender und stärker ist als Wille und Vernunft der einzelnen Menschen, die sie bilden.“ (Elias 1995: 314) Dieser Prozess der Zivilisation verändert das Verhalten und Empfinden der Menschen in einer spezifischen Richtung.

Die Basis für diesen Prozess ist die Erfüllung beziehungsweise Befriedigung und Weiterentwicklung der menschlichen Bedürfnisse, wie sie exemplarisch in Maslows Bedürfnispyramide dargelegt sind. Diese Pyramide hat historisch auf allen Ebenen inhaltliche Änderungen und Weiterungen erfahren, die erst bei Erreichen bestimmter Stufen des zivilisatorischen Entwicklungsprozesses möglich waren und sicher auch noch nicht endgültig abgeschlossen sind. Diese Bedürfnisse, die das Individuum antreiben, fördern die Interdependenz, von der Elias schreibt.

Auch wenn Elias vorwiegend aus Sicht des Soziologen und Psychologen die gesellschaftliche Entwicklung des Zivilisationsprozesses beschreibt, so ist unverkennbar, dass ihm die Zusammenhänge und Wechselwirkungen mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung (Elias 1995: 436 f.) vertraut sind. Der zivilisatorische Prozess ist damit selbst so etwas wie ein Trend, der in einem dialektischen Prozess durch die beteiligten Akteure gemäß ihrer Interessen- und Bedürfnisbefriedigung vorangetrieben wird. Er ist die Idee eines überindividuellen Lernprozesses, der schon von Kant in seiner Fortschrittsidee erfasst wurde. Diese Idee hilft, Geschichte als sinnvollen Ablauf aufzufassen, und ermöglicht und rechtfertigt Handlungen, Handlungsspielräume und Strategien.

Dieser Ansatz wird zu einer Art Grundmodell des Zivilisationsprozesses erweitert, mit dem die Trends strukturiert, hierarchisiert und ihre Wechselwirkungen dargestellt werden können. Als Treiber des zivilisatorischen Prozesses werden die Trendfelder Demographieentwicklung, Ressourcen- und Umweltentwicklung, wissenschaftlich-technologische sowie kulturelle Entwicklung, als ausformende Elemente des zivilisatorischen Prozesses die Trendfelder wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung betrachtet. Während Elias hinter dem Zivilisationsprozess den Trend zur Monopolisierung in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sieht, wirkt sich andererseits sicherlich auch die Bedürfnisbefriedigung im Sinne Maslows besonders aus, die allerdings im Ergebnis solche Phänomene hervorbringt. Wenn sich der Egoismus des einzelnen mit der Erkenntnis verbindet, dass sich die Erfüllung seiner Bedürfnisse leichter im Kollektiv bewältigen lässt, entsteht der Antrieb des „kollektiven Egoismus“. Dieser wird in der Spieltheorie „Win-Win-Spiel“ genannt, führt in der Organisations- und Gesellschaftstheorie zu einer immer komplexeren Arbeitsteilung und gegenseitigen Abhängigkeit. Adam Smith (erster Nationalökonom) nennt ihn in seinem Werk „Reichtum der Nationen“ einen Mechanismus, der die Systeme der politischen Ökonomie antreibt, die „unsichtbare Hand“ (Eigennutz als Triebfeder der Ökonomie). Und er beschreibt damit einen Prozess der Selbstorganisation (vergleiche Smith 2004: 9 f.).

Die zivilisatorische Entwicklung im obigen Sinne vollzieht sich in einem wechselseitigen Prozess. Zwar kann man kein endgültiges Ziel ausmachen, außer, dass der Zivilisationsprozess ermöglicht, dass in seinem Verlauf die Bedürfnisse und Interessen von immer mehr Menschen auf einem ansteigenden Niveau gesichert werden können. Damit hat der Prozess eine Richtung. Doch lassen sich durch das egoistische Verhalten der einzelnen Akteure auch Phasen denken, in denen der Prozess durch Auflösung (Gewaltökonomien) beziehungsweise Umgestaltung vorhandener Interdependenz (Schöpferische Zerstörung) rückläufig ist oder stagniert; darüber hinaus kann er seine Geschwindigkeit verändern (vergleiche dazu *Kurtenbach/Lock 2004; Schumpeter 1993: 138; Rosa 2007*). Dies kommt in entsprechenden Trends oder auch Gegentrends zum Ausdruck.

Allgemein kann man sagen: Der Prozess der Zivilisation ist dadurch gekennzeichnet, dass sich immer größere wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Einheiten in einem quantitativen und qualitativen Sinne bilden. Das ist es, was *Elias* die Monopolisierung nennt. Der Motor für diesen Prozess ist der Egoismus der einzelnen Menschen beziehungsweise Gruppen, der gedämpft wird durch die Option Kooperation, man könnte also diesen Antrieb kooperativen Egoismus nennen. In diesem Sinne erfüllt die wirtschaftliche Entwicklung den Zweck, die materiellen Voraussetzungen für die Bedürfnisbefriedigung auf allen Ebenen der *Maslowschen* Bedürfnispyramide zu schaffen.

Die Entwicklungsrichtung, die erkennbar ist, könnte man wie folgt umschreiben. Um die wachsende Bedürfnis- und Interessenbefriedigung in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit materiell sicherzustellen, ist es notwendig, dass die wirtschaftlichen Einheiten, in denen Menschen agieren, ständig quantitativ und qualitativ wachsen. Dabei kommt es durch eine sich immer stärker ausdifferenzierende Arbeits- und Funktionsteilung zu einer Ausweitung der Interdependenzketten, das heißt, die Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Menschen, Menschengruppen, Gemeinschaften, Staaten et cetera nehmen zu. Voraussetzung für eine solche Entwicklung ist jedoch die tendenzielle Abnahme von Gewalt innerhalb der wirtschaftlichen Einheiten und, abhängig von der Interdependenz zu anderen Einheiten, auch zwischen solchen.

Dazu *Elias*: „Ungeordnete und geordnete Monopole der physischen Gewaltausübung und der wirtschaftlichen Konsumtions- und Produktionsmittel sind unaufhebbar miteinander verbunden ... Beide zusammen bilden das Schloss der Ketten, durch die sich die Menschen gegenseitig binden.“ (*Elias 1995: 436 f.*) Anders ausgedrückt, die Risiken für die Akteure, ihre Bedürfnisse nicht zu erreichen, müssen minimiert werden, die Bedürfnisbefriedigung muss relativ gesichert sein.

Wirtschaftliche Bedürfnisbefriedigung mit Gewalt wirkt dem entgegen und funktioniert nur so lange, wie natürliche Ressourcen und Umwelt ausreichen. Ansonsten kommt es zu einer ständigen Bedrohung der eigenen Ressourcen und der eigenen Umwelt, der man nicht ausweichen kann, und damit zu einer Bedrohung des eigenen Überlebens. Dies widerspricht dem Grundbedürfnis nach Sicherheit und ist deutlich an der Entwicklung von den Jäger- und Sammlergesellschaften über die

Agrar- und Händlergesellschaften zu den Industrie- und postindustriellen Gesellschaften erkennbar. Darüber hinaus behindert oder zerstört ein hoher Gewaltpegel in einer Gesellschaft oder zwischen Gesellschaften je nach Entwicklungsstand auf Dauer das feine Netz der gegenseitigen Abhängigkeiten und des dazu notwendigen entstandenen Vertrauens. Es reduzieren sich die Möglichkeiten, eine komplexe ökonomische Arbeitsteilung aufrechtzuerhalten oder zu entwickeln. Die Fähigkeit, die Bedürfnisse einer großen Zahl von Menschen zu befriedigen, schwindet; Hunger, Krankheit und Krieg reduzieren den Umfang der Menschen einer Region auf das Maß, das aus den natürlichen Ressourcen der betreffenden Umwelt ernährbar ist.

Generell kann man von dem einfachen Modell ausgehen, dass positives Bevölkerungswachstum diesen Prozess der Differenzierung verstärkt, negatives Wachstum die Interdependenzketten reduziert, mit Konsequenzen für den Einfluss der betroffenen Gesellschaften. Doch wird man in jedem Einzelfall näher hinschauen müssen, welche Wechselwirkungen Bevölkerungswachstum mit den anderen Trendfeldern produziert.

Die wachsende wirtschaftliche Einheit sowie das Bedürfnis nach Sicherheit erfordern eine politische Organisation, die der Größe und Komplexität des wirtschaftlichen Organisationsgrades entspricht. Zurzeit ist dies ablesbar an den politischen Anstrengungen der Staatenwelt, im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung die politische Kontrolle zu behalten. Politische Einheiten haben daher auch die Tendenz, quantitativ und qualitativ zu wachsen. Die Funktion dieses Prozesses dient im Wesentlichen dem Zweck, Sicherheit im Sinne der Bedürfniserfüllung für die wirtschaftliche Einheit zu schaffen. Dies wird durch den Prozess des innergesellschaftlichen Gewaltmonopols erreicht. Das Gewaltmonopol dient gleichzeitig dem Schutz vor Gewalt wie auch der Durchsetzung von Interessen und Bedürfnissen der jeweiligen politischen Einheit nach außen. Dieser Prozess wird ergänzt durch eine sich entwickelnde Rechtsordnung, die sich am Ideal der Gerechtigkeit orientiert, deren Hauptfunktion jedoch Rechtssicherheit ist und die damit Verhaltenssicherheit innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Einheit gewährleisten soll. Sie ist ein Gewaltsurrogat. Gewaltmonopol und Rechtssicherheit lassen sich allerdings nicht allein auf dem politischen Wege herstellen. Notwendig ist darüber hinaus – und dieses fordern die wachsenden wirtschaftlichen und politischen Einheiten – ein immer größeres Maß quantitativer und qualitativer gesellschaftlicher Selbstorganisation und damit sozialer Kontrolle, die die Menschen einer gesellschaftlichen Einheit leisten müssen. Auch die Selbstorganisation erfordert Vertrauen in die Sicherheit, das heißt, in die Gewaltfreiheit und Rechtssicherheit der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Prozesse. Mit der Differenzierung der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse der Interdependenz zwischen den Akteuren tritt an die Stelle äußerer Gewalt der Selbstzwang (Elias 1995: 313). Erst dieser Selbstzwang (soziale Kontrolle) erklärt, warum so stabilisierte Gesellschaften mit relativ geringen Ordnungs- und Sicherheitskräften auskommen, solange es ihnen gelingt, diesen kulturellen Prozess von Generation zu Generation unter Berücksichtigung der Zuwanderung aufrechtzuerhalten und entsprechend ihrer

politischen und wirtschaftlichen Entwicklung weiter zu treiben. Diese gesellschaftlichen Entwicklungen ergänzen die vorher beschriebenen Prozesse wirtschaftlicher und politischer Art und bilden gemeinsam das Schloss der Ketten, durch die sich die Menschen gegenseitig binden (Elias 1995: 437 f.).

Dieser Zivilisationsprozess verlief in verschiedenen Räumen aus den gleichen Beweggründen (Bedürfnisbefriedigung) und ist im Kern ein kultureller Prozess, der aber von keiner spezifischen Kultur abhängig (Elias 1995: 338) ist. Ständige quantitative und qualitative Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Einheiten sowie parallel dazu eine Steigerung der quantitativen und qualitativen Fähigkeit zur gesellschaftlichen Selbstorganisation treiben ihn von Kultur zu Kultur unterschiedlich. Das heißt auch, dass jede Kultur, wenn nicht jede Region ihre eigenständigen Beiträge und kulturellen Unterschiede vorzuweisen hat (vergleiche dazu auch den Beitrag von Schmid). Trotzdem hat dieser Prozess mittlerweile globale Ausmaße (Elias 1995: 337) angenommen. In der Gegenwart wird dieser Prozess von der westlichen Zivilisation getragen und breitet sich mit zunehmender Geschwindigkeit (Beschleunigung) in Form der vorherrschenden Trends von wirtschaftlicher Globalisierung aus. Da der Nationalstaat aus verschiedenen Gründen die Probleme der Globalisierung nicht bewältigen kann, ist das System auf der Suche nach einer adäquaten konstruktiven Form der größeren politischen Einheit, vielleicht in Form der Multipolarität. Gleichzeitig breitet sich die gesellschaftliche Selbstorganisation aus, die den Westen wirtschaftlich und politisch so erfolgreich gemacht hat, nämlich in Form der Anerkennung der Menschenrechte und der Demokratisierung sowie der Verbreitung des Grundprinzips der Gewaltlosigkeit im zwischenmenschlichen, inner- und zwischenstaatlichen Verhältnis.

2 Wesentliche Faktoren der demographischen Entwicklung

Die demographische Entwicklung beeinflusst den Zivilisationsprozess durch die Anzahl der Menschen, die an ihm teilnehmen. In diesem Sinne soll der demographische Wandel darauf untersucht werden, welchen direkten Einfluss er auf äußere Sicherheit und Streitkräfte hat. Der über die anderen Trendfelder verlaufende Einfluss kann in diesem Beitrag aus Platzgründen nur beispielhaft erläutert werden.

Die Ausgangsbasis der zivilisatorischen Entwicklung ist der Mensch; sein Wachstum in einem gegebenen geographischen Raum ist abhängig von der Geburten- und Sterberate einer Population sowie dem menschlichen Migrationsverhalten in dem gegebenen Raum. Quantität und Qualität der demographischen Entwicklungen beeinflussen die anderen Trendfelder und wirken auf die Demographie zurück. Die Anzahl der Menschen, ihre Fähigkeiten (Bildung, Ausbildung, Organisationstalent und so weiter) und ihre Zusammensetzung (Alter, Religion, Ethnie und so weiter) sowie ihr Verhalten bestimmen die Prozesse; sie wirken sich damit auf die Sicherheit und deren Organe aus. Die quantitativen demographischen Trends haben eine hohe Stabilität, wenn man von singulären Ereignissen (sogenannten „Wild Cards“ zum Beispiel Seuchen oder Natur- und andere Katastrophen) absieht. Der Grund ist die Trägheit und die vorhandene Eigendynamik der Entwicklung, da die Kinder von heute die

Eltern von morgen sind und damit Bevölkerungsentwicklungen circa 30 bis 50 Jahre relativ sicher abzuschätzen sind. Im Folgenden werden verkürzt (siehe die anderen Artikel oben) die möglichen globalen und regionalen (Deutschland/Europa) Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung dargestellt und die dabei zu beachtenden Interdependenzen – auch unter Einbezug anderer Trendfelder – aufgezeigt.

Ein bestimmendes Merkmal der globalen demographischen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte ist eine weiter wachsende Weltbevölkerung. Ursächlich für dieses Wachstum sind die heute schon in den Entwicklungsländern lebenden circa zwei Milliarden Menschen unter 20 Jahren, die die zukünftige Größe der Weltbevölkerung und ihr Wachstum maßgeblich bestimmen (*Fleisch/Klingholz 2003: 68*).

Gemäß den „World Population Prospects – The 2006 Revision“ wird die Weltbevölkerung jährlich um circa 1,2 Prozent – gegenwärtig 77 Millionen Menschen – steigen (*UN ESA*). Die mittlere Variante dieser Vorausschau errechnet für das Jahr 2050 ein Wachstum von heute circa 6,5 Milliarden (*US Bureau of Census, World Population Clock*) auf 9,2 Milliarden. Bis zum Jahr 2100 wird die Zahl der Menschen weiter erhöhen und mit 12 Milliarden Menschen das Maximum erreichen, bevor sie nach 2100 kontinuierlich fallen wird.

Der Anstieg der Weltbevölkerung vollzieht sich nicht gleichmäßig, sondern differiert zwischen und innerhalb der verschiedenen Regionen: Während sich die Bevölkerungszahl der Industrienationen bis zum Jahr 2050 mit 1,2 Milliarden Menschen nahezu konstant verhält, steigt sie in den Entwicklungsländern von 5,1 (2003) auf 7,7 Milliarden. In Deutschland würde sie bei einem Wanderungssaldo von 200.000 und einer Lebenserwartung im Jahr 2050 von 87 Jahren (Frauen) beziehungsweise 81 Jahren (Männern) sogar von 83 Millionen auf 75 Millionen sinken wie in anderen OECD-Ländern auch (*Statistisches Bundesamt 2003*).

Zu dem globalen Bevölkerungszuwachs tragen in besonderem Maße die demographischen Entwicklungen in den bevölkerungsreichsten Staaten der Erde sowie in den Regionen Subsahara-Afrika, Nordafrika und Naher und Mittlerer Osten bei. Ohne acht der populationsstärksten Länder der Erde (Indien, Pakistan, Nigeria, USA, China, Bangladesch, Äthiopien, Kongo) wäre der absolute globale Bevölkerungszuwachs nur halb so groß. Von diesen Staaten verzeichnet Indien den stärksten Anstieg und wird China um das Jahr 2045 als bevölkerungsreichsten Staat ablösen (*UN ESA*).

Das stärkste relative Bevölkerungswachstum findet – trotz des bereits dämpfenden Einflusses des HIV-Virus – in Subsahara-Afrika statt, aber auch in Nordafrika und im Nahen und Mittleren Osten sind hohe Wachstumsraten zu verzeichnen, die allerdings ihren Höhepunkt dort schon erreicht haben. Gerade in der Gruppe der letztgenannten Staaten folgt aus dieser demographischen Entwicklung ein weitere Verknappung des per Einwohner verfügbaren Frischwassers, Nahrungsmittel und Energie (*World Bank 2000*), da der Bedarf an Trinkwasser und insbesondere Wasser für

die zu intensivierende Landwirtschaft drastisch steigen wird. Als weitere Konsequenz dieser demographischen Entwicklung ergibt sich für den Arbeitsmarkt dieser Region mit seiner heute schon hohen Arbeitslosenquote von 15 Prozent (Jugendarbeitslosigkeit circa 50 Prozent), dass er schon bis 2020 mit zusätzlich 100 Millionen die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze nahezu verdoppeln muss, um die Arbeitslosenquote konstant zu halten, denn jährlich wächst die Zahl der auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen um drei Prozent (*World Bank 2008*). Dieser Trend wird hier noch weiter durch Einwanderung aus den noch ärmeren Staaten Subsahara-Afrikas verschärft.

Ursächlich dafür, dass das Bevölkerungswachstum auch innerhalb von Regionen variiert, ist eine ungleiche Bevölkerungsverteilung. Sie wird besonders durch die weiter fortschreitende Verstädterung – sie wird bis zum Jahr 2030 einen Grad von 61 Prozent erreicht haben (AAAS

Atlas of Population & Environment) – und die zunehmende Zahl an Mega-Städten mit mehr

als 10 Millionen Einwohnern deutlich. Für den Trend der Urbanisierung, der fast ausschließlich

in den Entwicklungsländern verzeichnet werden kann, ist neben dem natürlichen Bevölkerungswachstum der Städte insbesondere die Binnenwanderung aus den ruralen Gebieten ursächlich, in denen häufig ein Zugang zu Bildung, Arbeit, Gesundheit und damit zu Wohlstand nur einem sehr geringen Bevölkerungsanteil offen steht. Aus global-demographischer Sicht mag die Urbanisierung Vorteile bieten, weil die Kinderzahl von Stadtfrauen im Allgemeinen unter der der Landfrauen liegt, sie stellt die betroffenen Staaten und Städte aber vor große umweltspezifische (Wasserversorgung und -entsorgung, Müllbeseitigung, Luftbelastung) und infrastrukturelle Probleme (Straßen, Wohnraum, Schulen, Gesundheitsversorgung).

Die unbefriedigenden Zustände in dem ländlichen Raum der Entwicklungsländer und die nicht erfüllten Hoffnungen in den Städten sowie die über die Medien vermittelten Anreize der Moderne sind eine Ursachen für regionale Konflikte, organisierte Kriminalität, „bad governance“ und die internationale Migration. Insbesondere die Migranten, die aufgrund ökonomischer Defizite ihre Heimat verlassen (Institute for Public Affairs, Focus on Population and Migration), wählen als Ziel ihrer Wanderung – durch höhere Mobilität und schnellere Transportwege begünstigt – verstärkt die entwickelte Welt, weil sie hier bessere Zukunftschancen sehen (*Zlotnik 1998: 429-468*). Da aber eine übermäßige Migration aus den Entwicklungsländern die Aufnahmeländer vor das Problem der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration der Migranten stellt, handhaben diese die Einwanderung im Allgemeinen sehr restriktiv. Als einziger Ausweg verbleibt den Migranten dann die illegale Immigration: Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) reisen gegenwärtig 300.000 Menschen jährlich in die Europäische Union illegal ein (*Opitz 2002*). Sie bestreiten ihren Lebensunterhalt aus Aktivitäten in der informellen oder (organisierten) kriminellen Wirtschaft und schwächen so den Staat.

Neben der transkontinentalen und kontinentalen illegalen Migration sind die Wanderungsbewegungen innerhalb der Europäischen Union von Relevanz, die im letzten Jahrzehnt kontinuierlich angestiegen sind und von denen durch die vertiefenden Integrationsprozesse nach der am 1. Mai 2004 erfolgten EU-Osterweiterung ein weiterer Anstieg erwartet werden kann: Da die europäischen Binnenwanderer im Allgemeinen über eine bessere Bildung und Ausbildung als von außerhalb Europas kommende Einwanderer verfügen, bietet sich für die Zuwanderungsländer die Möglichkeit, durch sie zum Beispiel den Mangel an qualifiziertem Personal zu kompensieren. Welche EU-Mitglieder allerdings Ziel dieser Wanderungen sind, hängt von der jeweiligen Qualität der sogenannten „Pullfaktoren“ (wie Freiheitsgrad, ökonomische Verhältnisse, Arbeitsmarkt, soziale Absicherung, positive Perspektive, et cetera) und ihrer Perzeption in den Herkunftsländern ab. Der Lebensstandard und die Stimmung in einem Land bestimmen dabei ebenso wie der Arbeitsmarkt die Attraktivität eines Zuwanderungslandes.

Die Ausprägung dieser Pullfaktoren wird unter anderem durch die schon heute in Deutschland feststellbare und sich weiter verschärfende Bevölkerungszunahme der Älteren bei gleichzeitiger Bevölkerungsabnahme der Jüngeren wesentlich bestimmt. Nicht nur der Anteil der Älteren (über 60 Jahre), sondern auch deren absolute Zahl nimmt zu. Sie wächst bis 2050 um zehn Millionen, während gleichzeitig die Zahl der Menschen in der für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wichtigen Altersgruppe von 20-60 Jahren um 16 Millionen abnimmt. Gleichzeitig wächst durch gesellschaftliche Veränderungen in diesem Alterssegment der Bedarf an Hochqualifizierten (Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung), so dass Personal aufgrund der demographischen Entwicklung für Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr zu einer „strategischen Ressource“ wird. Dies ist allerdings auch abhängig von der Produktivität der Wirtschaft, in der zunehmend Technik Arbeitskräfte freisetzt und somit den Werte-Verteilungsmechanismus Arbeit entwertet. Die verbleibenden Mechanismen Kapitalzins, staatlicher Sozialtransfer als legale und kriminelle beziehungsweise gewaltsame Aneignung als illegale Formen der Werteverteilung werden je nach Ausprägungsgrad die Sicherheit von Gesellschaften direkt oder indirekt beeinflussen. Dies wird in allen Gesellschaften durch Ungleichverteilung der Güter zur sozialen Unsicherheit führen (vergleiche dazu *Human Development Report*). Migration kann je nach Umfang das Problem noch verstärken.

Bei der Produktion relativ einfacher Wirtschaftsgüter hat eine große Zahl von Menschen den Vorteil billiger Arbeitskräfte, insbesondere in einer globalisierten Wirtschaft. Doch High-Tech-Güter lassen sich weder in der Qualität noch in entsprechender Produktivität (Kostenfaktor) durch Massenarbeitskräfte herstellen, sondern nur durch Maschinen. Das bedeutet, dass Gesellschaften mit großer Bevölkerung beim Übergang zur modernen Industriegesellschaft, spätestens aber beim Übergang zur Wissens- und Informationsgesellschaft erhebliche Sicherheitsprobleme in Wirtschaft, Gesellschaft und im politischen System zu bewältigen haben, durch freigesetzte beziehungsweise nicht integrierbare Arbeitskräfte.

Wissen und Bildung sind unter diesen Bedingungen, die einzige Möglichkeit sich an den legalen ökonomischen Verteilungsmechanismen zu beteiligen. Eine große Zahl der Menschen ohne diese Voraussetzungen wird in die globale Schattenökonomie (siehe dazu Lock 2004) abgedrängt, die zunehmend das Feld der organisierten Kriminalität wird. Umso größer diese Gewaltökonomie ist, umso attraktiver sind auch die Gewinnmöglichkeiten.

3 Sicherheitspolitische Folgen der demographischen Entwicklungen

Die wesentlichen, oben dargestellten demographischen Entwicklungen mit Relevanz für Sicherheit und Streitkräfte sind die globale Bevölkerungszunahme, ihre regionale Differenziertheit, der globale und regionale Strukturwandel der Bevölkerungspyramide (Verhältnis Alte und Junge) sowie eine anhaltende tendenziell steigende Migration mit dem Spezifikum einer stark anwachsenden Urbanisierung und qualitativen Veränderung der Bevölkerung in spezifischen Räumen. Die eigentlichen Herausforderungen für die Sicherheit gehen nicht von den demographischen Entwicklungen selbst aus. Diese Entwicklungen stellen nur krisen- und konfliktverschärfende Faktoren dar, die in ihren Auswirkungen jedoch die globale und regionale Sicherheit berühren. Die wirtschaftliche Globalisierung und die damit einhergehenden Ressourcen- und Machtverteilungskämpfe im Zuge des beschleunigten gesellschaftlichen Wandels und die Auflösungserscheinungen staatlicher Ordnung ("failing or failed states") werden die internationalen Sicherheitsstrukturen verändern. Die Ökonomisierung und Privatisierung des Krieges werden diese Kämpfe verstärkend begleiten.

Der Wandel der Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften und die Triebfedern dieses Wandels – die wirtschaftliche Globalisierung und technische Entwicklung – sowie das Freisetzen der industriellen Arbeitskräfte durch weitere Automatisierung der Produktionsabläufe fordern die OECD-Welt und die zu entwickelnden Staaten gemeinsam heraus. In anderen Teilen der Welt vollzieht sich der gesellschaftliche Wandel von Agrargesellschaften zu modernen Gesellschaften auf Basis des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts, ohne dass die gesellschaftlichen und politischen Steuerungskräfte schon den Herausforderungen gewachsen wären. Durch die Geschwindigkeit dieses Prozesses sind Institutionen und Akteure überfordert. Dies führt in großen Teilen der Welt zum Zerfall der politischen Kräfte und in der OECD-Welt zur Schwächung des Nationalstaates, der sich im Industriezeitalter trotz aller Defizite als erfolgreiches politisches Instrument erwiesen hatte. Es gibt jedoch noch keine politische Entität, die sich als hinreichender politischer Steuerungsmechanismus für die transnationalen Probleme der Zukunft erweist und politische Funktionen des Nationalstaates übernehmen könnte.

Eine durch kooperative Multipolarität gekennzeichnete Weltordnung kann sich zu einem Lösungsmodell der transnationalen Herausforderungen entwickeln. Voraussetzung sind allerdings stabile moderne Staaten, die den eigenen Wandlungsprozess steuern und gleichzeitig weniger entwickelten helfen können. Ob

der Aufbau einer solchen kooperativen Weltordnung, für die eine Integration Russlands, Chinas und Indiens in eine gemeinsame transatlantisch-asiatische Sicherheits- und Stabilitätszone als unbedingt erforderlich zu erachten wäre, gelingen kann, hängt wesentlich vom politischen Willen Europas ab. Nicht nur durch die Unterstützung der USA kann Europa maßgeblich zur Lösung der globalen Herausforderungen beitragen. Europa kann auch deshalb eine Schlüsselposition für die zukünftige Entwicklung eines stabilen internationalen Ordnungssystems einnehmen, weil es einerseits die wirtschaftliche Kraft und die technischen Fähigkeiten hat, die zivilisatorische Entwicklung der drei asiatischen Schlüsselakteure voranzutreiben. Und andererseits haben die europäischen Gesellschaften im Einigungsprozess nachgewiesen, dass sie über die grundlegende Fähigkeit zur Integration und zur grenzüberschreitenden Kooperation unter Wahrung der „inneren Souveränität“ der Gesellschaften (Sicherung gesellschaftlicher Ziele angesichts globaler Problemzusammenhänge) verfügen. Somit kann Europa, vorausgesetzt ein entsprechendes politisches Engagement ist vorhanden, hinsichtlich der Entwicklung größerer politischer und wirtschaftlicher Entitäten und damit einer weiteren Integration global eine Vorbildfunktion ausüben.

Gegenläufige Tendenzen zur Globalisierung sind die Regionalisierung von Handel und Investitionen und protektionistische Maßnahmen zum Schutz und zur Stärkung eigener Märkte. Beispiele für eine solche Regionalisierung sind die drei großen Wirtschaftsräume Westeuropa, Nordamerika und Ost- und Südostasien. Einer zunehmenden Verflechtung dieser drei Regionen (Triade) steht eine weltwirtschaftliche Marginalisierung der anderen Teile der Welt entgegen.

Im Zusammenhang mit diesem Gegenteil der Globalisierung stehen auch andere negative Entwicklungen wie unter anderem der Verfall staatlicher Autorität, der Zerfall vieler postkolonialer und postsozialistischer Gesellschaften ("failing or failed states") mit der Konsequenz entstehender Warlord-Systeme sowie Flüchtlings- und Armutswanderungen. Als Reaktion auf diese Migrationsbewegungen verstärkt die Triade ihre Grenzen, um die sich ohnehin schon abzeichnende Fragmentierung in ihren Gesellschaften nicht noch durch den Zuzug von Migranten zu verschärfen. Dieser könnte zwar zu einer Verbesserung der negativen demographischen Entwicklungen der Zukunft (Bevölkerungsüberalterung, -schrumpfung) beitragen; er wird aber aufgrund der im Allgemeinen niedrigen beruflichen Qualifikation dieser Migranten mehr zu einer Belastung (Sozialausgaben, Integration) als zum Nutzen (Innovation) der betreffenden Gesellschaften werden.

Die demographische Entwicklung wirkt auf diese Prozesse ein. Das globale Bevölkerungswachstum wird insbesondere die Regierungen der marginalisierten Teile der Welt vor enorme Versorgungs- und Steuerungsprobleme stellen. Diese wiederum werden weitere Gründe für das Scheitern von Staaten darstellen und die Wahrscheinlichkeiten für „Bad Governance“ aus Überforderung steigern. Darüber hinaus verstärkt der Bevölkerungsdruck die Binnenmigration, mit der Konsequenz massiver Wanderungen in die Megastädte dieser Regionen, was wiederum zu unregierbaren Städten und Räumen führt mit erheblichen Sicherheitsproblemen. Der gewaltsame Tod stellt in solchen Regionen häufig, insbesondere bei den 15- bis 49-

Jährigen, die erste Todesursache dar. Im Weiteren wird die Migration auch andere Staaten – insbesondere solche mit hoher Attraktivität und Bevölkerungsrückgang – erfassen.

Im Falle der Binnenmigration wird es den Staaten schwer gemacht, ihren Versorgungsaufgaben und ihrer Sicherheitsfunktion nachzukommen. Die Konsequenz dessen ist, dass die Kontrolle über die innere Sicherheit entweder an Kriminelle (siehe Megastädte in der Dritten Welt aber auch in solchen des Westens) oder politische Extremisten verloren gehen kann. Geringe Bildungschancen und hohe Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Perspektivlosigkeit machen vor allem aus der jungen Bevölkerung eine mobile Gruppe, die sowohl von Staaten als auch ideologischen Gruppen leicht zu mobilisieren ist. Dies hat Implikationen sowohl für die innere als auch äußere Sicherheit. Beispiele wie Algerien aber auch die Nutzung von Kindern und Jugendlichen im Palästina-Konflikt zeigen dies bereits heute.

Transnationale Wanderungsbewegungen wirken insoweit negativ, dass über Migrantengemeinden die Konflikte in das jeweilige Gastland getragen werden können, und, falls die Integration dort nicht gelingt und die Migranten wie bereits in ihrer Heimat zu den Marginalisierten gehören, wird dieses die Gefahr ihrer Kriminalisierung beziehungsweise politischen Mobilisierung verstärken. Dabei spielen die Möglichkeiten der Menschen, ihren Lebens-, Bewegungs- und Sozialraum aufgrund der technischen Mobilität, der globalen Kommunikation und der kulturellen Angleichung neu zu bestimmen, eine besondere Rolle. Für alle Menschen mit Zugang zu den neuen Transport- und Kommunikationsmitteln ergibt sich langfristig die Frage, zu welcher Gesellschaft sie gehören wollen. Ohne eine solche Zugehörigkeit droht Staaten und ihren Gesellschaften die Auflösung sozialer und politischer Kohäsion. Die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen fordern von Migranten nicht mehr zwingend die Integration in die neue Gesellschaft, sondern es kann infolge dieser Migration neuer Qualität im transnationalen Raum (Pries 2004: 15 f.) zu Parallelgesellschaften kommen: Durch die freie und ständig korrigierbare Migrationsentscheidung bei der global möglichen Wahl des Lebens- und Sozialraumes entsteht ein Schwebезustand zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Räumen. Staaten oder Gewaltakteure in den Ursprungsländern können somit Migranten als Arbeitskräfte sowohl für die Finanzierung ihrer Unternehmungen als auch als Kämpfer in Konflikten des Gastlandes nutzen. In beiden Fällen kann dies die innere und äußere Sicherheit des Gastlandes bedrohen.

Wenn im islamischen Raum eine traditionale Gedankenwelt und eine althergebrachte Lebensweise auf westliche Zivilisationsimporte prallen und die Islamisten diesen die Schuld an der eigenen wirtschaftlichen Misere und an sozialer Benachteiligung geben sowie dies von ihnen als Angriff auf die eigene Kultur begriffen wird, führt es zu einer weltweit erkennbaren Konfrontation.

In vielen europäischen Staaten könnten – soweit noch nicht geschehen – durch massive Einwanderungen von Muslimen insbesondere aus Nordafrika und dem Vorderen Orient Parallelgesellschaften entstehen, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten durch weitere Zuwanderung aus diesen Räumen und durch eine im

Vergleich zu den ansässigen Bewohnern höhere Geburtenrate immer stärker werden (Hartmann 1998). Nach den neuesten Berechnungen des Zentralinstituts Islam-Archiv wird sich die Zahl der Moslems in Europa (einschließlich Russland

und Südosteuropa) – ein gleichbleibendes Wachstum von 6,5 Prozent vorausgesetzt – von derzeit 52 Millionen bis zum Jahre 2035 mehr als versechsfachen. In einem CIA-Report werden für das Jahr 2020-25 für Europa eine islamische Bevölkerung von im Minimum 20 Prozent und im Maximum 40 Prozent erwartet.

Aufgrund des zahlenmäßigen Umfanges der Migration werden eine Integration und insbesondere eine Assimilation der Einwanderer unter den heutigen kulturellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht möglich sein. Deshalb wird Europa seine Identität neu bestimmen müssen, denn die ethnisch-exklusiven europäischen Gesellschaften, die sich wie Deutschland oder Frankreich als Kulturnationen definieren, können den Einwanderern heute keine Identität bieten; sie müssen einen kulturellen Wandel vollziehen. Dieses impliziert das Überdenken der Identität Europas als christliches Abendland. Stattdessen wird eine neue europäische Leitkultur zu entwickeln sein, die – anstelle eines multikulturellen Nebeneinanders in Parallelgesellschaften – ein kulturpluralistisches Miteinander ermöglicht, in dem Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen zusammenleben und das Recht auf Anderssein und Andersdenken besitzen, sich gleichzeitig aber zu gemeinsamen Regeln – im Besonderen der gegenseitigen Toleranz und des gegenseitigen Respekts – verpflichten. Ohne eine solche Leitkultur werden sich weltanschaulich unversöhnliche Ghettos herausbilden, verbunden mit wirtschaftlicher Ausgrenzung stellen sie ein enormes Konfliktpotenzial dar. Ohne einen Wertekonsens dieser Art wird die Fragmentierung der europäischen Gesellschaften weiter voranschreiten (Tibi 2006).

Die heutige und zukünftige Lage Europas unterscheidet sich dramatisch von der früherer Zeiten: Heute und in Zukunft wird die massenhafte Migration zu einer neuen Identität des Kontinents führen. Diese veränderte Situation in Europa ist der Grund dafür, dass sich die europäischen Gesellschaften mit der Problematik der Zuwanderung beziehungsweise Einwanderung auseinandersetzen müssen, um dem für die politische Handlungsfähigkeit zunehmenden Risiko einer gesellschaftlichen Fragmentierung zu begegnen. Die innergesellschaftliche Kohäsion wird aber nicht nur durch das horizontale Nebeneinander von Parallelgesellschaften, sondern auch von einer Entwicklung vertikaler Ausprägung gefährdet werden: Hierbei handelt es sich um die Zersplitterung – oft auch als "digital divide" bezeichnet – der europäischen Bevölkerungen in Gewinner und Verlierer infolge des gesellschaftlichen Wandels von der industriellen zu einer post-industriellen Gesellschaftsform.

Die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Kohäsion sowie die Förderung von Human- und Sozialkapital sind somit Grundvoraussetzungen für die politische Handlungs- und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas und Deutschlands. Ohne einen gesellschaftlichen Grundkonsens innerhalb Europas und seiner Staaten zu den Fragen der Zukunft wird die EU ihre Verantwortung hinsichtlich der weltweiten Herausforderungen nicht glaubwürdig wahr- und die angestrebte Rolle als globale

Gestaltungsmacht nicht einnehmen können. Wesentlicher Inhalt dieses Konsenses muss die bereits angesprochene gemeinsame europäische Leitkultur sein, auf deren Grundlage begonnen werden kann, europäische Streitkräfte zu entwickeln.

Europa ist nicht der einzige Kontinent, der von solchen qualitativen Bevölkerungsentwicklungen betroffen ist. Nordamerika, insbesondere die USA, aber auch Australien haben ähnliche Probleme. Schaut man in die USA vollzieht sich derzeit der Wandel der Bevölkerungsanteile von den ursprünglich angelsächsischen dominierten Einwanderern (dabei werden alle Europäer als Angelsachsen gerechnet) zu hispano- und asiatisch-geprägten, insbesondere chinesischen Einwanderern. Das bedeutet, dass etwa ab 2050 die Mehrzahl der Amerikaner Nichtangelsachsen sein werden. Diese Entwicklung wird Fragen der inneren Sicherheit der USA aufwerfen, aber auch ihre außen- und sicherheitspolitische Verortung (vergleiche dazu *Huntington 2006*).

In Australien wird sich die Bevölkerung durch eine überwiegend asiatische Einwanderung in den nächsten 20 Jahren von einer angelsächsisch geprägten Gesellschaft zu einer mehrheitlich aus Asien stammenden Gesellschaft verändern. Dies wird durch den Aufstieg der neuen Wirtschaftskräfte (Indien/China) noch verstärkt, zu einer wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Umorientierung Australiens in Richtung Asien führen (vergleiche dazu *National Interest*).

Global könnte diese Entwicklung bedeuten, dass sich die heute überwiegend aus der westlichen Kultur getriebene Globalisierung aus anderen Quellen speist oder die genannten Räume durch starke innere Probleme vorwiegend mit sich selbst beschäftigt sind, sich abschließen und damit Globalisierung ein weiteres Mal (wie zu Beginn des Ersten Weltkrieges) ausgesetzt wird.

4 Zusammenfassung

Der Einfluss der demographischen Entwicklung auf die Sicherheit der europäischen Staaten damit auch auf Deutschland hängt ab von der Betrachtungsebene. Der globale Anstieg der Bevölkerung, insbesondere in Europa-nahen Räumen wie Zentralasien, Naher und Mittlerer Osten und Nordafrika führen zu einer anhaltenden Migration aus diesem Raum, solange in diesen Räumen Regierungen mit ihren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Problemen nicht fertig werden. Der Bevölkerungsanstieg in dieser Region trägt aber auch zum Scheitern der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme dort bei. Diese Wechselwirkung ist in den nächsten dreißig Jahren kaum zu durchbrechen. Daher stellt sich die Frage, wie die europäischen Staaten sich vor den Folgen einer ungesteuerten Migration schützen und gleichzeitig auf die zivilisatorische Entwicklung dieses Raumes Einfluss nehmen können.

Schaut man sich die regionale Bevölkerungsentwicklung in Europa an, mit sinkender Fertilitätsrate, hoher Zuwanderung von Menschen anderer Kulturkreise, insbesondere einer hohen Migrationsrate aus der islamischen Welt, muss dies zu tief greifenden Veränderungen der heute überwiegend christlich geprägten Kultur führen.

Bevölkerungsrückgang der europäischen Staaten, eine zumindest in den nächsten Generationen stark alternde Gesellschaft und ein starke Zunahme eingewanderter ethnischer oder religiöser Gruppen werden zu einem starken Wandel der Arbeitswelt, der sozialen Rahmenbedingungen und der politischen Machtverteilung führen sowie gesellschaftliche Konflikte und ihre Austragung auch gewaltsamer Art zur Folge haben.

Eine nicht unwesentliche Frage wird sein, wie die europäischen Gesellschaften die wirtschaftlichen Folgen demographischer Faktoren wie eine weiter alternde und in vielen Staaten schrumpfende Bevölkerung, die das Risiko einer Überforderung der sozialen Sicherungssysteme sowie einer abnehmenden Produktivität (*Adrian 2006*) birgt, werden abfedern können. Ob mit oder ohne Korrekturen werden sich die absehbaren Bevölkerungsentwicklungen in der EU, aber insbesondere in Deutschland, wie folgt in direkter Form auf die Sicherheit und Streitkräfte auswirken:

– Die Bevölkerungsabnahme wird voraussichtlich die gesamtwirtschaftliche Nachfrage dämpfen. Bei gleicher Steuerquote und sinkender Zahl der Steuerzahler würden - heutiger Verschuldungsstand und zukünftige implizite Staatsverschuldung vorausgesetzt - durch zunehmende Ansprüche der Rentenversicherung und Pensionsansprüche (ohne Korrektur der Sozialsysteme) an den Staat einen Anstieg der Staatsverschuldung auslösen. Er stellt die Verstärkung der Ausgaben für die Sicherheit im Allgemeinen und für die Verteidigung im Besonderen in Frage.

– Immer weniger jüngere Menschen müssen immer mehr alte Menschen in den sozialen Sicherungssystemen versorgen (*Mai 2003: 292 f.*). Unter Fortschreibung der jetzigen Bedingungen etwa im Hinblick auf Produktivität, Lebenserwartung, Rentenzugangsalter und Finanzierungsmodus der sozialen Sicherung sind eine steigende Transferlast für die Sicherungssysteme und höhere Abgaben für die Produktionsfaktoren wahrscheinlich. Höhere Lebensarbeitszeit und Finanzierung der sozialen Sicherheit aus der gesamtwirtschaftlichen Produktivität werden wichtige Diskussionspunkte sein.

– Die Folgen transnationaler Migration werden die in den europäischen Gesellschaften vorhandenen Kräfte der Desintegration noch weiterverstärken. Dies wirft nicht nur die Frage nationaler Kohärenz auf, sondern auch den Zusammenhalt der europäischen Integration mit ihren Auswirkungen auf die innere und äußere Sicherheit der Gesellschaften. Angesichts der schnellen Zunahme und Erneuerung des Wissens insbesondere in den wachstumsrelevanten Schlüsseltechnologien, entsteht ein deutlich steigender Bedarf an hochqualifiziertem Personal. Angesichts des sinkenden Angebots an jungen Arbeitskräften wird Personal zur „strategischen Ressource“, ohne die den Unternehmen ein Verlust an Innovationsfähigkeit und Wettbewerbskraft entstehen könnte.

Für alle staatlichen Sicherheitskräfte bedeutet eine solche Entwicklung:

- sich frühzeitig Gedanken zu machen über die zukünftig geforderte Qualität und Quantität ihres Personals; wobei technische und taktisch-operative Entwicklungen es erlauben, an die Stelle von Personal verstärkt moderne Technologie zu setzen,

allerdings mit der Konsequenz, dass die Qualitätsforderungen an das zu rekrutierende Personal steigen;

- insbesondere beim Militär, dass zunehmende Qualitätsforderungen die Konkurrenz mit der Wirtschaft um das leistungsfähigste Personal erhöhen;
- Probleme der Integration der zugewanderten Bevölkerungsteile in die Sicherheitskräfte und deren möglichen Folgen als Ergebnis von Zuwanderung;
- die Frage nach einer Erhöhung der Altersgrenze zur Ruhesetzung des Sicherheitspersonals zu stellen;
- die schnellen Veränderungen in der Arbeitswelt und der ihr zugrunde liegenden Wissenszunahme zwingen alle Beteiligten, sich auf ein lebenslanges Lernen einzustellen;
- für das Militär, dass es sein Personal bis ins hohe Alter ständig fortbilden und sich zu einer lernenden Organisation wandeln muss.

Die sich aus diesen Entwicklungen für ein Rekrutierungssystem der Streitkräfte und damit für die Wehrform ergebenden Konsequenzen müssen überdacht werden. Nachfolgend einige grundsätzliche Überlegungen:

Dabei ist zu berücksichtigen, dass in Zukunft nicht mehr die Fähigkeitsagglomerate von Massenheeren mit numerischen Mindestkopfstärken, sondern bedrohungsadäquat abrufbare Fähigkeiten im Vordergrund stehen, die mitunter für bestimmte Aufgaben und einen bestimmten

Zeitraum aus der Gesellschaft in die Streitkräfte erst eingebracht werden müssen. So wäre zum Beispiel die künftige Wehrform mit Blick auf die neuen Herausforderungen als Mischform von militärischen Spezialisten und gesellschaftlich verfügbaren Bürgern mit Spezialwissen denkbar. Dies könnte zu einer milizartigen Wehrform führen.

Man wird darüber hinaus vielleicht sogar ständige Einrichtungen dieser Art mit eingespielten Expertenteams benötigen, da die zukünftigen Kriegsformen unter Umständen als Dauerbedrohung in Erscheinung treten könnten. Eine wichtige Voraussetzung für diese „Dienstleistung“ wird sein, den entsprechenden Spezialisten als Teil der Gesellschaft sowie der Gesellschaft insgesamt zu verdeutlichen, dass hiermit ein essentieller Beitrag zur Verteidigung / zum Schutz des eigenen Landes geleistet wird.

Es geht um die Bewusstseinsbildung, dass Bedrohungen der Zukunft nicht nur die Soldaten zum Ziel haben, sondern dass ganz bewusst von den neuen Akteuren die Verwundbarkeit der zivilen Gesellschaft zum Ziel ihrer Gewalthandlungen gemacht wird. Dadurch, dass jeder Bürger zum Ziel von Kriegshandlungen werden kann, erhält die Sicherheit der Gesellschaft eine individuelle Komponente: die Sicherheit des Einzelnen. Da der Einzelne Teil des Ganzen ist, ist er somit auch für das Fortbestehen der Gesellschaft mitverantwortlich.

Diese Bewusstseinsbildung setzt einen gemeinsamen Wertebezug in der Gesellschaft, und damit auch in den Streitkräften, voraus. Der beobachtbare Wertewandel in der postmodernen Gesellschaft unter Berücksichtigung des Bevölkerungswandels beeinflusst zwangsläufig auch das Berufsverständnis in den Streitkräften und das Sicherheitsverständnis der Gesellschaft.

Literatur

AAAS Atlas of Population & Environment: (<http://atlas.aas.org/pdf/12-20.pdf>): 17

Adrian, Hermann, 2006: Die demographischen Ursachen des wirtschaftlichen Niedergangs. Foliensammlung. Universität Mainz

Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung, Zukunft von Bildung und Arbeit. Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2015. In: Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung 214: 7

Elias, Norbert, 1995a: Über den Prozess der Zivilisation. Band 1. 19. Aufl age, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Elias, Norbert, 1995b: Prozess der Zivilisation. Band 2. 19. Aufl age, Frankfurt/Main: Suhrkamp

Fleisch, Hans; Klingholz, Reiner, 2003: Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung. In: Globale

Trends, Fakten, Analysen, Prognosen 2004/2005, herausgegeben von der Stiftung Entwicklung und Frieden. Bonn

Görnitz, Thomas und Brigitte, 2002: Der kreative Kosmos – Geist und Materie aus Information. Heidelberg/Berlin

Hartmann, Angelika, 1998: Islamisten – und Reformen oder Ewiggestrige. Neue Züricher Zeitung – Fokus. 4: 11. Zürich

Heinsohn, Gunnar, 2003: Warum werden sie zu Kriegerern? Männerüberschuss als Kriegspotenzial, Vortrag 23. Friedenskonsultation. Hannover

Human Development Report, 2003: 48 (herausgegeben vom UNDP, Box 2.8 zeigt Zusammenhänge zwischen Armut und Gewalt auf)

Huntington, Samuel P., 2006: Krise der amerikanischen Identität, Original 2004. Goldmann Verlag: München

Institute for Public Affairs, 2002: Focus on Population and Migration 43, 1: 4

Kurtenbach, Sabine; Lock, Peter, 2004: Kriege als (Über)lebenswelten: Schattenglobalisierung, Kriegsökonomien und Inseln der Zivilität. Verlag J. H. W. Dietz. Bonn

- Mai, Ralf*, 2003: Die Alten der Zukunft. In: Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Band 32, 292 f. Wiesbaden
- National Interest*, 1997: Australia's Foreign and Trade Policy, White Paper. Canberra
- Opitz, Peter J.*, 2002: Internationale Migration. In: Informationen zur Politischen Bildung, Heft 274. Verlag C. H. Beck. München
- Popper, Karl*, 1964: Vorwort. Das Elend des Historizismus. Followfield, Penn, XII Vorwort (4): 11; 30. Buckinghamshire, England
- Pries, Ludger*, 2004: Migration im transnationalen Raum. Soziale Welt. Sonderband 12. NOMOS Verlagsgruppe Baden-Baden
- Schumpeter, Joseph A.*, 1993: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Tübingen 1993 (deutsch zuerst erschienen 1946)
- Smith, Adam*, 2004: Reichtum der Nationen. Voltmedia Verlag, Paderborn
- Statistisches Bundesamt*, 2003: 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: 26
- Tibi, Bassam*, 2001: Leitkultur als Wertekonsens. In: Politik und Zeitgeschichte 1-2/2001, dazu auch Report on Wilton Park Conference WP 826, engaging with muslim youth in Europe and North America, November 2006
- UN ESA*, 2006: Population Division, India becomes a Billionaire (<http://www.un.org/esa/population/pubsarchive/india/ind1bil.htm>)
- UN ESA*, 2006: Population Division, World Population Prospects – 2006 Revision: 1 f.
- UNDP (United Nations Development Programme)*, 2003: Human Development Report 2003
- Urdal, Henrik*, 2004: The Devil in the Demographics: The Effect of Youth Bulges on Domestic Armed Conflict 1950-2000, Worldbank Paper 14
- World Bank*, 2000: Millennium Development Goals, (http://www.developmentgoals.org/Middle_East_&_North_Africa.htm)
- World Bank*, 2008: Middle East and North Africa Face Unprecedented Employment Challenge, 26.09.2003, <http://web.worldbank.org/>
- Zlotnik, Hania*, 1998: International Migration. In: Population and Development Review Volume 24, 3: 429-468